

Banker auf den Arbeitsmarkt

von

Heiner Flassbeck

WuM, Serie, Oktober 2009

So viel Verwirrung war selten auf den Finanzmärkten und in der Politik: Eine Kreditklemme beklagen die Politiker, während die Banker das entschieden dementieren und auf die schlechte Konjunktur verweisen, gleichzeitig aber schon wieder bombige Geschäfte im Handel mit allen möglichen Finanzmarktpapieren machen. Gleichzeitig haben die Notenbanken rund um die Welt die Zentralbankzinsen auf Werte nahe Null gesenkt, obwohl doch die meisten Politiker fest zu wissen glauben, dass es die niedrigen Zinsen der amerikanischen Notenbank Anfang des Jahrhunderts waren, die die ganze Misere verursacht hatten.

Man sieht an dieser Verwirrung sehr schön, dass es sich eine hoch entwickelte Volkswirtschaft einfach nicht leisten kann, auf hoch entwickelte Expertise auch an der Spitze der politischen Pyramide zu verzichten. Doch wer glaubt, die neue deutsche Regierung hätte wenigstens diese Lektion gelernt, wird in drei Wochen wissen, dass er falsch gelegen hat.

Der Reihe nach sind die Dinge ganz leicht zu verstehen, wenn man sich löst von den Ideologien und Vorurteilen, die man uns in den vergangenen Jahren eingepflanzt hat.

Schauen wir es noch einmal von der Seite der Deutschen Bank an. Der oberste deutsche Privatbanker, Joseph Ackermann, hat nämlich ein bemerkenswertes Talent: Immer wieder trifft er unfreiwillig den Nagel auf den Kopf: So hat er die zentrale Ursache der Finanzkrise bereits benannt, bevor sie überhaupt angefangen hatte. Im Herbst 2004 nämlich erklärte er das Erreichen einer 25%-Eigenkapitalrendite zum Ziel seiner Bank, weil man eine solche Rendite brauche, um im internationalen Konkurrenzkampf zu bestehen. Das hat er vor Kurzem noch einmal bestätigt.

Heute sollte es eigentlich eine Binsenweisheit sein, dass ein Wirtschaftssystem, das insgesamt bestenfalls mit Raten im unteren einstelligen Bereich wächst, keinen Teilsektor mit zweistelligen Renditen versorgen kann, ohne sich selbst an den Abgrund zu manövrieren. Joseph Ackermann hat das Problem vor einiger Zeit noch konkreter gefasst. Er warnte nämlich, in einem Interview mit der Financial Times vom 2. April davor, die Banken durch Gesetze zu einem „altmodischen“ Geschäftsmodell zurückzuzwingen und insbesondere das Verbriefen von „Produkten“ zu erschweren. Begründung: "Die traditionelle, altmodische Kreditvergabe würde viel mehr Kapital erfordern, welches aber nicht verfügbar ist. Das würde sehr negative Auswirkungen auf das globale Wachstum haben."

Genau das Verbriefen und Weiterverkaufen von Forderungen an Dritte, die Banken gegenüber Kreditnehmern wie Hausbesitzern haben, war eine der

zentralen 'Errungenschaften' der Finanzmarktliberalisierung, auf die Herr Ackermann nicht verzichten möchte. Aus dieser Quelle sprudelten die vielen 'innovativen Finanzprodukte' mit all ihren angeblich so tollen Effekten bei den Kapitalanlegern und den Nachfragern nach Kapital. Genau umgekehrt ist es richtig: Zwänge man die Banken dazu, wieder wie früher nur Kredite zu vergeben, die zu 100% als Forderung in ihren Bilanzen bleiben, würden sie sich wieder sehr viel mehr dafür interessieren, welche Erfolgsaussichten das Projekt ihres Kreditnehmers hat. Dann rückte die Kontrolle, die Banken gegenüber ihren Schuldern ausüben sollten, wieder in den Mittelpunkt der Bankaktivität, wo sie auch hingehört.

Aber zu sagen, das sei teuer und würde Wachstum kosten, ist ein Witz, und zwar ein schlechter. Herr Ackermann hat völlig Recht mit seiner Behauptung, dass bei dem normalen Bankgeschäft mutmaßlich wesentlich weniger Kredite vergeben würden als in den vergangenen Jahren. Nur – und das ist der wesentliche Unterschied zu Herrn Ackermanns Sicht der Dinge – wäre das ja überhaupt kein Schaden für die Realwirtschaft und das globale Wachstum, sondern nur einer für den Bankensektor, der dann nicht mehr als Croupier und Spieler zugleich am weltweiten Finanzkasino verdienen könnte. Dann gäbe es deutlich weniger Kredite für spekulative und damit eindeutig unproduktive, ja systemschädigende Geschäfte, die in den vergangenen Jahren so rege Unterstützung der Banken fanden, weil sie sich durch die Verbriefung aus der Haftung verabschieden konnten. Nimmt der Umfang solcher Kredite ab, bedeutet das automatisch, dass es zu wesentlich weniger ausgeprägten spekulativen Blasen kommt, weil den entsprechenden Märkten schlicht weniger Mittel zur Verfügung stehen.

Weil das Entstehen und Platzen dieser spekulativen Preisblasen die Hauptursache für den immensen Schaden der Realwirtschaft ist, muss das scheinbar so lukrative Investmentbanking verschwinden. Die in der Realwirtschaft aktiven Sachinvestoren tun sich ja nicht nur schwer, mit den angeblichen Traumrenditen der Spekulanten auf den Finanzmärkten Schritt zu halten. Glauben sie gar an diese Ideologie, werden sie vielleicht lieber selbst zu Kasinoteilnehmern, als dass sie sich weiter den Mühen der Ebene unterziehen, also mit riskanten realwirtschaftlichen Innovationen Produktivitätssteigerungen verwirklichen und so "echte" Gewinne erwirtschaften. Das hat die Verwandlung einer großen Autofirma namens Porsche zu einem Hedge Fonds mit angehängter Werkstatt in den letzten Jahren eindrücklich vor Augen geführt.

Ergebnis einer solchen Entwicklung ist aber – anders als Herr Ackermann glaubt – eine *geringere* realwirtschaftliche Investitionstätigkeit bereits in Boomzeiten, als es ohne die enthemmte Kreditschöpfungsmöglichkeit der Banken der Fall wäre. Ein vor allem spekulationsgetriebener Aufschwung liefert eben nicht das nachhaltige und sektoral ausgewogene Wachstum des realen Kapitalstocks, das eine Volkswirtschaft braucht, um für ihre Zukunft vorzusorgen.

Beim Platzen der Spekulationsblasen zeigt sich aber erst das volle Ausmaß der Schäden, die eine praktisch unkontrollierte Kreditvergabe der Banken für die Realwirtschaft hat. Diejenigen, die im spekulativen Schneeballsys-

tem die Letzten sind, müssen große Teile ihres auf Spekulation basierenden Vermögens abschreiben. Soweit sich die Spekulanten für ihre Kasinogeschäfte der Kreditmaschinerie der Banken bedient haben, werden die entsprechenden Kredite faul. Beides führt zu einem rasanten Schrumpfen der zur Verfügung stehenden Kreditmittel und zu einem rapiden Vertrauensverlust aller Finanzmarktteilnehmer untereinander. Das trifft jedoch die Sachinvestoren auch dann, wenn sie mit dem Finanzkasino gar nichts zu tun haben. Die Banken lecken sich die Wunden, knausern bei der Kreditvergabe für kleine und mittlere Betriebe (große stehen gar nicht Schlange, sondern horten lieber selbst Liquidität) und geben etwaige Zinssenkungen der Zentralbanken nur ungern an ihre Kunden weiter, weil sie auf jede noch so kleine Gewinnmarge dringend angewiesen sind, um nicht pleite zu gehen. Die realwirtschaftliche Investitionstätigkeit fällt daher in der spekulationsbedingten Rezession ebenfalls geringer aus als in "normalen" Abschwungzeiten.

Die durch das Platzen der Preisblasen ausgelöste Deflation auf den spekulativen Märkten dehnt sich auf die gesamte Realwirtschaft aus, weil die spekulativen Preisturbulenzen vielen Sachinvestoren die Kalkulationsbasis zerstören und sie auf diese Weise zum Abwarten anregen. Zum anderen sind die Zinssenkungsmöglichkeiten der Zentralbanken (im Gegensatz zu den Zinssteigerungsmöglichkeiten) begrenzt: Unter Null können Nominalzinsen nun einmal nicht fallen. Vor diesem Problem stehen die Zentralbanken mittlerweile, und es ist kein wirklicher Trost, dass die EZB-Zinsen noch einen Prozentpunkt von der Null entfernt ist. Denn kommt eine Deflationsspirale erst einmal in Gang, ist die Geldpolitik machtlos, egal wie sie ihren Zins setzt.

Die Staaten dürfen nicht hinnehmen, dass die privaten Banken durch unglaublich günstige Finanzierungsbedingungen bei den Zentralbanken hoch subventioniert werden und diese Liquidität vorwiegend dazu nutzen, neue Spielschulden zu riskieren anstatt sich um die Vergabe neuer Kredite für produktive Investitionen zu bemühen. Jetzt spätestens müsste jeder auch verstehen, dass die oben genannte bei Politikern beliebte These, die Zentralbanken wären mit ihrer laxen Politik für die Krise verantwortlich, vollkommen unsinnig ist. In einer solchen Krise gibt es keine andere Möglichkeit, als extrem niedrige Zinsen, weil sonst auch die staatlichen Ankurbelungsprogramme nicht wirken. Das Zocken der Banken muss man auf anderem Wege bekämpfen.

Hier genau kommen die viel diskutierten Eigenkapitalvorschriften ins Spiel. Leider haben sich die Politiker dabei aber in der Dimension total vergriffen. Diskutiert wird nämlich, ob die Banken statt vier Prozent bei riskanten Geschäften künftig, sagen wir, sechs oder acht Prozent Eigenkapital als Puffer gegen Ausfallrisiken vorhalten müssen. Für reine Kasinoaktivitäten, also Wetten auf Aktienkurse, Währungen, Rohstoffpreise oder sonstige unsichere Ereignisse, gibt es nur genau eine richtige Eigenkapitalvorschrift: Einhundert Prozent! Weil bei allen diesen Wetten per Saldo niemand etwas verdienen kann - einer gewinnt immer nur, was ein anderer verliert - kann man per Saldo auch keinen Zins auf Fremdkapital bezahlen. Wer aber sicher keinen Zins bezahlen kann, darf keinen Kredit erhalten.

Mit den Traumrenditen im Bankensektor wäre es dann allerdings für alle Zeiten vorbei, was zwangsläufig ein enormes Schrumpfen dieser Branche mit sich brächte, sowohl in Hinblick auf die erzielbaren Pro-Kopf-Einkommen als auch hinsichtlich der Zahl der dort Beschäftigten. Banker würde man in Massen auf dem Arbeitsmarkt finden. Dieses vergleichsweise kleine Strukturproblem zu lösen kommt unsere Gesellschaft aber bedeutend preiswerter zu stehen als die Schäden, die uns die Banken auch in Zukunft aufhalsen werden, wenn wir ihnen nicht die Möglichkeit nehmen, beliebig viel Geld in reine Kasinogeschäfte zu stecken.